

II-10801 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5420 W

1990-04-25

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gradischnik  
und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Übertragung der Besorgung von Aufgaben nach dem Bewährungshilfegesetz an private Vereinigungen

Die Führung der Bewährungshilfe ist in allen Bundesländern mit Ausnahme der Steiermark dem Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit mit Sitz in Wien übertragen. Im Bundesland Steiermark werden die Aufgaben der Bewährungshilfe von den Dienststellen für Bewährungshilfe in Graz und in Leoben wahrgenommen, wobei bestimmte Funktionen hinsichtlich der Beschäftigten dieser Dienststellen vom Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit wahrgenommen werden (insbesondere Aus- und Fortbildung).

Der Verein für Bewährungshilfe führt überdies eine Reihe von Heimen für Bewährungshilfe im Sinne des § 13 des Bewährungshilfegesetzes und Einrichtungen der Entlassenenhilfe im Sinne des Artikel II der Bewährungshilfegesetznovelle 1980.- österreichweit.

Um eine verantwortliche Führung der dem Verein als beliehenem Unternehmen übertragenen Aufgaben zu gewährleisten ist nicht nur eine entsprechende Kontrolle durch den Geldgeber erforderlich, sondern auch ein Mindestmaß operativer Autonomie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der zur Verfügung stehenden Mittel. Die §§ 24 ff, insbesondere § 25 und § 13 des Bewährungshilfegesetzes stehen dem auch nicht im Wege.

Ein Schreiben der Gewerkschaft der Privatangestellten an die Justizsprecher der im Parlament vertretenen Parteien weist jedoch darauf hin, daß dem Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit anscheinend doch die Mindestbefugnisse, die er als Arbeitgeber der Vereinsangestellten (Kanzleipersonal der Geschäftsstellen; Bedienstete in den Heimen nach § 13 BewhG; Bedienstete der Einrichtungen der Entlassenenhilfe) jedenfalls braucht, seitens des Bundesministeriums für Justiz vorenthalten werden.

Angeblich bestehen auch in anderen Bereichen der dem Verein zukommenden Dispositionen ähnliche Probleme, die immer wieder die Frage rechtfertigen, inwieweit tatsächlich von einer verantwortlichen "Führung der Bewährungshilfe" durch private Vereinigungen gesprochen werden kann.

Andererseits hat sich die vereinsmäßige Organisation des Aufbaus der Bewährungshilfeorganisation und in der Folge die Führung der Bewährungshilfe durch private Vereinigungen auch seit Erlassung des Bewährungshilfegesetzes vor nunmehr fast einundzwanzig Jahren bewährt. Jedoch haben sich in der Zwischenzeit einige Rahmenbedingungen geändert und der Aufgabenkreis, der zu bewältigen ist, hat beträchtlich zugenommen.

Aus diesem Grunde richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz die

#### A n f r a g e :

1. Ist Ihnen das Problem der vielfach nicht genügenden Dispositionsfreiheit der Organe des Vereines für Bewährungshilfe und soziale Arbeit für die Führung der Bewährungshilfe bekannt?
2. Werden Sie dem Verein jene Dispositionsmöglichkeiten einräumen, die zur verantwortlichen Wahrnehmung der dem Verein, insbesondere auch als Arbeitgeber von mehr als hundert Angestellten, übertragenen Aufgaben unverzichtbar erscheinen?
3. Halten Sie eine Neufassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Führung all der Aufgaben, die tatsächlich im Rahmen der Bewährungshilfe, der Entlassenenhilfe, des außergerichtlichen Tatausgleichs und jener Aktivitäten, die zur Erfüllung der Zwecke des § 52 StGB unternommen werden, etwa in Form eines Bewährungshilfe- und Resozialisierungsgesetzes, für zweckmäßig?